

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4599. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4599**

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonellinie oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk., Familiennachrichten die 7spaltige Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonellinie 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

### Einwohnerwehr, Orgeßch und Jungdeutscher Orden.

#### Kampf für ein neues Kaiserreich.

München, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Münchner Parteiorgan, der Kampf, meldet: Die Drahtleitung der bayrischen Einwohnerwehren und der Orgeßch richtet sich darauf ein, in illegaler Form weiter zu bestehen, wenn sie in Folge des Verbots durch die Entente nicht mehr legal arbeiten können. In Kassel besteht als illegale Organisation der Orgeßch ein sogenannter „Jungdeutscher Orden“, der kürzlich eine Demonstration veranstalten wollte, die aber von dem Oberpräsidenten Schwandt durch die Spio auselandergetrieben wurde. Man tut so, als ob es sich bei diesem Jungdeutschen Orden um eine harmlose unbewaffnete nationale Vereinigung handeln würde. Daß dem nicht so ist, geht aus folgender Tatsache hervor: Am letzten Freitag hielt der von Kassel als Abgeordneter des Jungdeutschen Ordens gekommene Kurt Weichhaus vor der zweiten Riege im 11. Bezirk der Münchner Einwohnerwehr eine Ansprache, in der er ausführte, daß der Jungdeutsche Orden zwar verfolgt werde, daß er aber bereits 80 000 Mitglieder umfasse, die alle für das Ziel eines neuen deutschen Kaiserreichs eintreten, das die Schmach des Versailler Friedensvertrages auslöschen muß. Derselbe Weichhaus redigierte die Zeitung des Jungdeutschen Ordens, die in München gedruckt wird. Wir sehen also eine innige Verbindung der bayrischen Einwohnerwehren, der Orgeßch und des Jungdeutschen Ordens.

### Der Belagerungszustand dauert an.

#### Die „Preßfreiheit“ unter Kahr!

München, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Augsburg wurde das Organ der Neu-Kommunisten, der Volkswille, verboten.

### Die österreichische Sozialdemokratie fordert den Anschluß an Deutschland.

Berlin, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern fanden in allen Bezirken Wiens sozialdemokratische Volkerversammlungen statt, in denen Abgeordnete über die politische Lage der Republik und die Aufgaben der Arbeiterklasse sprachen. Abgeordneter Renner erklärte unter stürmischem Beifall: Oesterreich kann vorläufig noch vegetieren, aber auf die Dauer nicht existieren. Unser Staat kann aus eigenen Kräfte auf die Dauer nicht regiert werden. Der Anschluß an Deutschland muß vollzogen oder aber ein Bund der vereinigten Staaten von Europa gebildet werden.

### Postbeamtenstreik in Oesterreich.

Wien, 13. Januar. (U.) Der Postbeamtenstreik, der vorgestern abend in Oesterreich eingesetzt hat, machte sich in Wien und in vielen großen Städten in empfindlicher Weise fühlbar. Der gesamte Brief-, Geld- und Paketbestelldienst ruht. Die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der streikenden Postangestellten führten trotz längerer Beratungen noch zu keinem Ergebnis. Die Verhandlungen werden aber fortgesetzt. Es wurde nur erreicht, daß der angekündigte Sympathiestreik der Telegraphenangestellten aufgehoben wurde und erst einsetzen soll, wenn die Verhandlungen am heutigen Tage nicht zur Beendigung des Poststreikes führen. Im Laufe des gestrigen Tages kam es bei einzelnen Postämtern zu Zusammenstößen zwischen streikenden Postbeamten und Personen, die sich ihre Poststücke von den Aemtern abholen wollten. In einzelnen Fällen kam es auch zu Tätlichkeiten, jedoch nicht zu Verletzungen.

Wien, 13. Januar. Den Vätern zufolge erstreckt sich der Poststreik auf ganz Oesterreich. Es handelt sich um den Kampf zwischen dem etwa 60 Prozent der gesamten Postangestellten umfassenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsverband, der die zwangsweise Vereinhaltung des Dienstrechts aller dem Verkehrsministerium unterstellten Staatsbediensteten verlangt, und den nicht sozialdemokratischen Organisationen, die dafür eintreten, daß dem einzelnen die freie Wahl überlassen bleiben soll, ob er unter die Dienstordnung oder die allgemeine Befolgsordnung gestellt wird. — Wie die Christlich-Soziale Korrespondenz meldet, bieten Vertreter der nichtsozialistischen Postangestellten eine Beratung ab, um zu dem Streik der sozialistischen Postgewerkschaftler Stellung zu nehmen. In der Erörterung wurde der Streik als eine politische Machfrage bezeichnet. Die nichtsozialistischen Postangestellten beschloßen daher, den Dienst weiter zu versehen, doch wird dieser nur in beschränktem Umfange aufrecht erhalten werden können.

### Tagung der italienischen Völkerbundsliga.

Berlin, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Rom am 13. Januar: In Abwesenheit der französischen und englischen Delegierten begannen in Mailand die Sitzungen der italienischen Völkerbundsigen zusammen mit den Delegierten der Zentralmächte. Der deutsche Delegierte, Professor Jäckh, bedauerte das Fernbleiben der Franzosen

und Engländer, wodurch der Versammlung große Zurückhaltung auferlegt werde, um Italien keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. Dann äußerte Dornburg, es sei nötig, daß die Aussprache praktische Ziele verfolge. Es genüge nicht, platonische Ratschläge zu geben, sondern es gelte, alle Völker zum Kampf gegen den noch immer beherrschenden Militarismus aufzurufen. Mussolini führt auf dem Kongress den Vorschlag. Der österreichische Delegierte Demba schildert die tragische Lage Deutsch-Oesterreichs. Professor Jäckh erklärte weiter, Deutschland möchte zwar dem Völkerbund beitreten, doch keinesfalls als unerwünschter Gast. Der italienische Delegierte Jammil sagte, Italien müsse die Sicherheit haben, daß es zu keiner habsburgischen Restauration komme.

### Die Wiener internationale Konferenz. Eine Vorankündigung in Innsbruck.

Aus Innsbruck wird vom 13. Januar gemeldet: Hier trat eine Kommission zusammen, um nach dem Beschluß der Wiener Konferenz die Tagung in Wien vorzubereiten. Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands hatte den Genossen Ledebauer entsandt. Für Oesterreich war Adler, für die Schweiz Grim, für die Unabhängige Arbeiterpartei Englands Wallhead entsandt. Die französische sozialistische Partei hatte keinen Vertreter entsenden können, wird aber in Wien erscheinen. Die Konferenz beschloß Thesen für die einzelnen Tagesordnungspunkte. Als Referenten wurden bestimmt: für Punkt 2: Imperialismus und soziale Revolution Wallhead, für Punkt 3: Methoden und Organisationen des Klassenkampfes Adler, für Punkt 4: Der internationale Kampf gegen die Konturrevolution Ledebauer. Aus zwölf Ländern liegen bereits Anmeldungen für die Wiener Konferenz vor.

### Die englischen Gewerkschaften gegen die Arbeitslosenpolitik der Regierung.

London, 12. Januar. Das parlamentarische Komitee der Trade Union und der Ausschuh der Liberty besprachen die durch die zunehmende Arbeitslosigkeit geschaffene Krise. Die Konferenz beschloß, sich an irgendeiner Unternehmung der wirtschaftlichen Lage von Seiten der Regierung nicht mehr zu beteiligen und begünstigte diese Ablehnung mit der Behauptung, daß seit der Kohlenkrise kein Arbeiterauschuh mehr dem Rate der Regierung folgen könne. Diese Feststellung schließt die Beurteilung des verhängnisvollen Arbeitstages in sich. Der verkürzte Arbeitstag ist bereits in den Staatsbetrieben eingeführt worden und soll nun auch auf die Privatbetriebe ausgedehnt werden. Die Arbeiterführer behaupten, daß die Regierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Herabsetzung der Löhne nicht Rechnung trüge. Die Arbeitslosen lehnten verkürzte Arbeitstage ab, weil sie weniger verdienen als vorher, und verlangen, daß der Staat und die Arbeitgeber für Lohnausfälle aufkommen. Am Schluß der Tagung wurde eine aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission gewählt, um dem Auftrag, sichständig auf die Rückseite auf die Regierung eine Lösung der Arbeitslosenfrage zu suchen. Die Regierung hatte den Vorschlag gemacht, daß der Lohnausfall gemeinsam vom Staat und den Arbeitgebern zu je einem Drittel getragen werden soll. In Regierungskreisen macht man sich auf eine außerordentlich heftige Zeit und auf ernste Kämpfe mit den unveröhnlichen Elementen gefaßt.

### Zusammenstoß zwischen russischen und französischen Kriegsschiffen.

Paris, 13. Januar. Nach einer Havasmeldung berichtet die Associated Press auf Grund eines Konstantinopeler Kabelgramms, daß ein Torpedobootgeschwader einer alliierten Macht im Schwarzen Meer mit einer Sowjetflotte, die angeblich Truppen nach Trapezunt bringen sollte, einen Zusammenstoß gehabt habe. Ein Schiff der Bolschewisten sei gesunken. Die Sowjetschiffe seien bald zum Schwimmen gebracht worden.

Paris, 13. Januar. Eine Havasmeldung aus Konstantinopel stellt den Zwischenfall im Schwarzen Meer so dar, daß das französische Torpedoboot Eskalau bei Noworossisk von einem bolschewistischen Dampfer angegriffen worden sei. Das Torpedoboot habe das Feuer erwidert und einen Treffer auf dem Dampfer erzielt, der an der Küste strandete.

### Frankreich stellt die Zahlungen an Wrangel ein.

U. Paris, 14. Januar. Chicago Tribune wird aus Konstantinopel gemeldet, daß General Wrangel offiziell informiert worden ist, daß mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Untoten einzuschütten, die französische Regierung vom 1. Februar an die materielle Unterstützung der russischen Flüchtlinge, Soldaten und Zivilisten, einstellen werde. Das amerikanische Rote Kreuz hat nach Washington telegraphiert und Instruktionen verlangt.

### Verminderung der amerikanischen Besatzungstruppen.

Nach einer Meldung aus Newyork hat das Kriegsdepartement angeordnet, daß die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland von 15 000 auf 8000 Mann herabgesetzt wird.

### Antwort an die Kommunisten. Schreiben des Zentralkomitees auf den „Offenen Brief“.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie beschloß in seiner letzten Sitzung nach kurzer Beratung, an die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei das folgende Schreiben zu senden:

An die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Wir erblicken in Ihrer durch die Presse veröffentlichten und uns nachträglich am 10. Januar 1921 auch brieflich zugestellten Aufforderung, die von Ihnen bereits formulierten Forderungen gleichfalls zu vertreten, nur den Versuch, aus der Isolierung, in die Sie Ihre Taktik gebracht hat, herauszukommen.

In dieser Annahme werden wir bestärkt durch Ihre Behauptungen bei allen bisher gemeinsam unternommenen Aktionen, die Sie noch stets benutzten, um in entscheidenden Augenblicken Ihren Verbündeten in den Rücken zu fallen und sie als Arbeiterverräter, Konturrevolutionäre, Agenten der Bourgeoisie usw. zu beschimpfen. Ebenso kann die Aufforderung an Individualistische Organisationen: Allgemeine Arbeiterunion, Freie Arbeiterunion, KAPD, deren ausgesprochener Zweck die Zerstückelung der politischen Parteien und Gewerkschaften ist, nur beabsichtigen, die Mitwirkung der großen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter unmöglich zu machen, um dann diese unvermeidliche Ablehnung für Ihre engen Sonderinteressen auszunutzen.

Auch jetzt haben Sie, ohne unsere Antwort abzuwarten, bereits Ihre Ortsgruppen zum Kampf gegen unsere Partei aufgerufen.

Deswegen erübrigt sich in diesem Zusammenhange ein Eingehen auf Ihre Forderungen, die, soweit sie sachlich berechtigt sind und der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation entsprechen, bereits von der USPD, in ihrem Manifest von Halle formuliert wurden.

Die USPD hat sich immer wieder bemüht und wird nicht davon ablassen, für diese Forderungen, insbesondere auch für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, eine geschlossene Arbeiterfront herzustellen. In diesem Bestreben wurden wir gerade von Ihrer Partei verulendet und bekämpft.

Ihre Aufforderung schließt das Eingeständnis in sich, daß Sie nunmehr endlich auch erkannt haben, daß der Kampf um brennende Tages- und Teilforderungen kein Verrat an der Revolution ist.

Für das Zentralkomitee der USPD.  
Crispien.

Diese Antwort unseres Zentralkomitees an die Kommunisten entspricht dem, was wir erwartet haben, entspricht den Anschauungen der gesamten Partei. Wir haben hier in Leipzig schon vor Halle erfahren müssen, daß die Kommunisten als Bundesgenossen unumgänglich sind. Sie drängten sich in den Kappputagen an unsere Partei heran zur gemeinsamen Aktion, um schon am nächsten Tage wieder die gemeinsame Front zu verlassen und gegen unsere Partei in der niederträchtigsten und verlogenen Weise zu gehen, nuzten die Langmut und das Bestreben unserer Genossen, das gesamte Proletariat zum Kampfe gegen die Reaktion zu führen, dazu aus, um nach diesem ersten Verrat sich abermals in die Beratungen einzubringen, erkannten in den Sitzungen der entscheidenden Körperschaften die Notwendigkeit der Einstellung des Kampfes zu den vereinbarten Bedingungen an, um dann hinterher die Massen gegen dieselben Beschüsse aufzureizen und unsere Genossen als Verräter an der Arbeiterpartei zu verleumdern.

Ebenso haben sie in andern Orten, vor allen Dingen in Berlin gehandelt. Sie nahmen dort mit Vertretung aller sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen an Verhandlungen mit der Regierung teil, um einen Abbruch der Kämpfe unter möglicher Vermeidung weiterer Opfer zu erreichen. Sie waren dort mit den andern Organisationen einig darin, daß die Aktion gegen die Kappisten nicht bis zur Errichtung der Räterepublik weitergetrieben werden könne. Das alles hat sie nicht davon abgehalten, die andern Arbeiterorganisationen, mit denen sie verbündet waren, des Verrats an der Revolution zu beschuldigen, weil — sie verhandelt und nicht die Räterepublik ausgerufen hätten.

Daselbe Spiel haben die Kommunisten bei der Aktion gegen die Waffentransporte für Polen getrieben. Sie unterzeichneten einen gemeinsamen Aufruf der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen für den Schutz Sowjet-Russlands, gegen die Munitionszufuhr an seine Gegner, taten aber gleich darauf wieder mit den niederträchtigsten Anklagen über die Mitunterzeichneten her und störten die gemeinsame Aktion durch unausführbare Sonderparolen, die Deutschland in den schwersten Konflikt mit der Entente gestürzt hätten, die den Krieg mit Frankreich zur notwendigen Folge haben mußten.

Eine Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Fraktionen des Reichstages für allgemeine grundsätzliche Arbeiterfragen haben